

# Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionsschluss Dienstag früh 8 Uhr.  
Druck von Meißner & Co., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover.  
Redaktion und Expedition: Hannover, Mühlstraße 5, III.

Bezugspreis: 2,10 M pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.  
Zusätze: die sechsseitige Kolonelleiste 40 S., für Mitgl. 30 S.

Nr. 50.

Hannover, 13. Dezember 1907.

17. Jahrg.

## Die Scharfmacher am Werk.

Die „Allgemeine Brauer- und Hopfen-Zeitung“, Nürnberg, die seit jeher den Scharfmachern im Unternehmerlager gern ihre Spalten öffnete und auch aus eigenem ihr Bestes in dieser Beziehung tat, hat jetzt wieder einmal Gelegenheit dazu gefunden, wobei sie mehr als sonst ihr Sehnen verrät und die Unternehmer zum Kampf gegen die Organisation der Brauereiarbeiter aufzu-muntern sucht. Es ist dies ein gefährliches Spiel, das sie treibt, um so gefährlicher in Rücksicht auf die Vorgänge in Augsburg. Bei diesem Kampf zeigen sich Moral und Charakter der Unternehmer in einem bedenklichen Lichte — auch die „Brauer- und Hopfenzeitung“ gab Proben davon —, ohne daß diese Bloßstellung wenigstens den Preis des erhofften Erfolges eingebracht hätte; im Gegenteil, sie sind weiter davon entfernt als je. Den vorübergehenden Erfolg haben sie sehr teuer mit einer dauernden großen finanziellen Schädigung erkauft, ohnedem, was nebenbei im Laufe der Zeit noch erfolgen wird. Da wäre es doch vor allen Dingen im Interesse der Unternehmer und des Braugewerbes gelegen, die misstrauenden Geister im Unternehmerlager zur Vernunft zu rufen. Doch man beliebt das Gegenteil, und wir zweifeln nicht daran, daß dies bei der einen oder andern Unternehmergruppe Erfolge zeitigt. Das zeigt aber den Brauereiarbeitern, wessen sie sich zu versehen haben und daß sie dem in geeigneter Weise begegnen müssen. Insofern hat die offenkundige Scharfmacherei der „Allgemeinen Brauer- und Hopfenzeitung“ auch ihr gutes.

In der Nr. 287 vom 6. Dezember veröffentlicht sie ein der „Augsburger Abendzeitung“ irgendwoher zugestelltes und entstelltes Rundschreiben des Hauptvorstandes unseres Verbandes an die Zahlstellen, worin in Rücksicht auf die vielen nächstjährigen Lohnbewegungen und zur Durchführung des von den Augsburger Unternehmern so frivol heraufbeschworenen Kampfes bis zum erfolgreichen Ende desselben zur Stärkung unserer Kasse, zur Leistung von Extrabeiträgen aufgefordert wird. Diesem Rundschreiben folgt die „Allgemeine Brauer- und Hopfenzeitung“ folgendes vor:

„Der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen kann sich in letzter Zeit nicht genug darüber beklagen, daß der Boykottschubverband deutscher Brauereien seinen Mitgliedern den durch die Zahlung zugesagten Schutz bei Boykottklärungen auch tatsächlich gewährt. Die „Brauereiarbeiter-Zeitung“ bringt in Nr. 48 unter dem Titel „Der Boykottschubverband deutscher Brauereien“ eine Besprechung des vom Verbande für das zweite Geschäftsjahr herausgegebenen Berichtes, tadelt darin die Machtbefugnis der Bezirksvorstände sowie der einzelnen Mitglieder und beschuldigt insbesondere die Augsburger Brauereien, den Boykott mutwillig und absichtlich herbeigeführt zu haben.

Daß der bisherige Verlauf des in Augsburg angebrochenen und wieder aufgegebene Ausstandes dem Zentralverbande in Hannover nicht paßt und das gänzliche Mißlingen aller Agitationsversuche allmählich eingesehen wird, beweist ein Rundschreiben, welches an die Zahlstellen hinausgegeben wurde, und in welchem die Mitglieder zur Leistung von Extrabeiträgen aufgefordert werden. Der Inhalt verrät zu deutlich die Befürchtungen, die der Verband für den Wiederabschluß der in nächster Zeit ablaufenden Tarifverträge hat.

Und am Schluß heißt es: „Dieses Rundschreiben liefert einen unzweifelhaften Beweis dafür, wieviel der Zentralverband für die Zukunft fürchtet, und wie er sich veranlaßt sieht, mit allen Waffen zu kämpfen, um keine Niederlage zu erleiden. Wir geben der Veröffentlichung dieses Rundschreibens in unserem Blatte Raum, da wir annehmen, daß es die ganze Brauermelt in Deutschland interessieren und den Brauereivereinen, deren Tarife demnächst ablaufen, einigen Rückhalt bieten und sie nicht weiter dem vielfach ausgeübten Terrorismus des Zentralverbandes und seiner Zahlstellen ausliefern wird.“

Wenn wir kurz auf das mehr Nebenmäßige in diesem Begleiterschreiben der „Allg. Brauer- u. Hopfenztg.“ eingehen wollen, so haben wir zu erklären, daß es uns noch nie eingefallen ist, über den Schutz zu klagen, den der Boykottschubverband seinen Mitgliedern gewährt. Worauf wir hingewiesen haben, ist, daß der Boykottschub auch sehr üble Erscheinungen zeitigt, welchen durch entsprechende Aenderung der Satzungen und Ausübung der Befugnisse des Ausschichtsrats vorgebeugt werden müßte; daß der Boykottschubverband auf Grund seiner Satzungen und auch, wenn ihm an einem gedeihlichen Verhältnis mit der Brauereiarbeiterorganisation gelegen ist, solchen Unternehmern, die den Boykott mutwillig und absichtlich zu scharfmacherischen Zwecken oder zu ihrer Bereicherung heraufbeschwören, die Boykottentschädigung nicht gewähren dürfe, weil die Folgen, die daraus entstehen, unabsehbar für das ganze Gewerbe sind. Auch über „das gänzliche Mißlingen aller Agitationsversuche“ möge sich die „Allg. Brauer- u. Hopfenztg.“ keine Kopfschmerzen machen, der

Augsburger Kampf hat uns im Gegenteil recht gutes und jugkräftiges Agitationsmaterial geliefert.

Das alles ist aber nur mehr dekoratives Beiwerk, der Hauptzweck der „Allg. Brauer- und Hopfen-Zeitung“ ist: die Unternehmer scharf zu machen. Sie unterstellt auf Grund des Rundschreibens: unsere Organisation hege „Befürchtungen für den Wiederabschluß der in nächster Zeit ablaufenden Tarifverträge“, und glaubt, daß die Veröffentlichung des Rundschreibens „den Brauereivereinen, deren Tarife demnächst ablaufen, einigen Rückhalt bieten und sie nicht weiter dem vielfach ausgeübten Terrorismus des Zentralverbandes und seiner Zahlstellen ausliefern wird.“ Bei dieser Gelegenheit erhalten wir auch eine Umschreibung des Wortes „Terrorismus“, was man auf jener Seite darunter versteht: nämlich der Abschluß von Tarifverträgen, den die Brauereiarbeiterorganisation hier und da mit sanftem Druck zu erzielen gezwungen ist. Aber zur Sache.

Vor einiger Zeit veröffentlichte die „Tageszeitung für Brauerei“ einen Aufruf der Brauereiarbeiterorganisation in Nordamerika gegen die Prohibitionsbewegung und äußerte sich dazu in durchaus anerkennendem Sinne. Solch ein Vorkommnis ist in Deutschland einfach unmöglich, dafür sorgen die Unternehmer, die in kleinlicher, gehässiger, hinterlistiger und scharfmacherischer Bekämpfung der Arbeiterorganisation und ihrer Bestrebungen nicht genug tun können, und die Presse, die sie darin unterstützt. Hier haben wir wieder einen der verschiedenen Fälle und ein Schulbeispiel dafür, wie man im Unverstand und mitteilerregender Kurzsichtigkeit dem Haß gegen die Arbeiterorganisation die Fägel schießen läßt und dabei die eigenen Interessen hintansetzt. Aber wenn es Unternehmer oder Unternehmergruppen geben sollte — und wir zweifeln nicht daran — die den Ratsschlägen der „Allg. Brauer- und Hopfen-Zeitung“ folgen, nun, so geht's auch anders. Wir halten einen tariflichen Zustand im Interesse beider Teile gelegen, und wir halten auch eine Verbesserung der Verhältnisse bei Erneuerung des Tarifvertrages, namentlich in Rücksicht auf die allseits anerkannte erhebliche und bleibende Teuerung für unerlässlich und im Interesse des Friedens für geboten. Wo man das nicht will, da tritt an Stelle der friedlichen Verständigung und des Vertragsverhältnisses der Kampf in Permanenz. Wir sind auf den Tarifvertrag nicht angewiesen bei der Förderung der Interessen der Brauereiarbeiter; scheidet er aber aus, so fällt damit auch für die Kontrahenten die ihnen im Vertrage auferlegte Verpflichtung und Rücksicht, und wir werden dann, wo, wann und wie es uns beliebt, unsere berechtigten Forderungen zur Durchführung zu bringen versuchen.

Das ist der Zustand, der erzeugt wird, wenn die Unternehmer den Rat der „Allg. Brauer- und Hopfenztg.“ befolgen. Wünscht man es, wir — können es nicht ändern, und wir fürchten durchaus nichts „für die Zukunft“, wie die „Brauer- und Hopfenztg.“ meint, denn der Inhalt des Rundschreibens deutet doch deutlich genug an, daß wir bei Wiederholung der Augsburgeri, die wir ja auch schon in Rechnung gestellt haben, recht kräftig zuzugreifen gesonnen sind, wann und wo es auch sei, und zu diesem Zwecke unsere Kräfte stärken. Aber besser als durch uns, werden die Kollegen durch die „Allg. Br.-u. Hopf.-Ztg.“ zur Ueberzeugung gebracht, daß sie zur Erringung besserer Verhältnisse in den zukünftigen Lohnbewegungen eine gute Klasse und eine starke disziplinierte Organisation haben müssen.

Für alle Fälle müssen wir gerüstet sein, das beherrsigt Kollegen, und handelt darnach. Besonders in der Agitation muß das Möglichste getan werden allerseits.

## Der Blokreichstag.

II.

Neben dem Reichsvereinsgesetz soll der Blokreichstag noch einige sozialpolitische Materien zu regeln bekommen. Große Hoffnungen darf sich die Arbeiterschaft nicht machen. Denn die Regierung hat durch den Nachfolger Posadowsky, Herrn Bethmann von Hollweg, die alten Beziehungen zum Zentralverband deutscher Industrieller, der internationalen berechtigten Scharfmacherorganisation, wieder aufgenommen. Damit beginnt wieder der unheilvolle Einfluß sich geltend zu machen, den diese Scharfmacher jahzehntelang in Deutschland ausübten, der freilich nie geschwunden war, aber infolge des äußeren Bruches mit dem Grafen Posadowsky während der letzten Jahre nicht so sehr in die öffentliche Erscheinung trat. Bei der Abhängigkeit der Regierung von den Großindustriellen liegt indes die Sache in Deutschland so, daß sie kaum Sozialpolitik gegen die Großindustriellen treiben kann. Daher auch die sozialpolitische Unfruchtbarkeit der letzten Jahre; was die Scharfmacher nicht durch direkte Einwirkung auf Posadowsky erreichen konnten, das erreichten sie auf dem Umwege durch indirekte Beeinflussung der Regierung umso besser. Der neue Staatssekretär hat nun die direkten Beziehungen wieder aufgenommen und somit den Zentralverband in seine „alten Rechte“ wieder eingeleitet.

Dieser aber hat auf seiner letzten Generalversammlung Ende Oktober bereits offenkundig dargelegt, was er will, und was er nicht will. Der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Sozialgesetzgebung wie auf allen Gebieten des sozialen Lebens soll gebrochen werden. Die Krankenversicherung soll so umgestaltet werden, daß die Versicherten selbst nichts mehr zu sagen haben. Zu diesem Zwecke wollen die Großindustriellen sich sogar etwas kosten lassen, indem sie an Stelle des bisherigen Beitragsschnitts die Hälfte der Krankenkassenbeiträge aufbringen wollen. Dafür verlangen sie aber die Hälfte der Verwaltung mit ihren Leuten besetzt, während sie die zweite Hälfte den Versicherern zugesprochen wollen. Da aber die staatliche Bureaukratie den „unparteiischen“ Vorstoß führen soll, wird natürlicherweise der Einfluß der Arbeiterschaft auf die Verwaltung auf Null herabgedrückt, — was eine Aufgabe des Blokreichstags sein wird.

Auch gegen jedwede gesetzgeberische Begünstigung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter wenden sich die Großindustriellen energisch. Besonders sind ihnen die Tarifverträge ein Dorn im Auge. Sie wollen „Herren im Hause“ sein und bleiben, die Großindustriellen. Sie erklären, gleichberechtigt mit dem Unternehmer sei der Arbeiter solange, bis er mit seinem Arbeitgeber ein Arbeitsverhältnis einget. Bis dahin sei der Arbeiter frei, gleichberechtigt, er könne das Arbeitsverhältnis eingehen oder nicht. Ist er es aber eingegangen, höre die Gleichberechtigung auf, denn in seinem Betriebe könne nur der Arbeitgeber selbst Herr sein.

Mit einem köstlichen Salz kann man eventuell diesem Gedankengang der Scharfmacher folgen! Denn für die Arbeiter handelt es sich eben darum, vor Eingehung des Arbeitsverhältnisses die Gestaltung desselben mitzubestimmen. Da sie einzeln heute zu schwach sind hierzu, haben sie ihre gewerkschaftliche Organisation geschaffen, die für sie als Gesamtheit eintritt. Die Konsequenz freilich ist die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Die Scharfmachertheorie ist eben nur eine Verschleierung dessen, was die Scharfmacher in Wirklichkeit wollen. Sie wollen für sich selbst das weitgehendste Recht der Organisation, die auch auf dem Gebiete des Arbeitsvertrages eine korporative Regelung, aber einseitig von Unternehmerinteresse diktiert soll. Die Arbeiter aber sollen rein individuell nur dem Unternehmer gegenüberreten dürfen. Der ohnehin Schwache soll also noch schwächer dastehen, der Starke noch stärker. Und damit es so und nicht anders wird, darf der Blokreichstag keinerlei Maßnahmen treffen, die eine entgegengesetzte Wirkung haben könnten. Dafür will der Scharfmacherverband seine Hand zu einigen sozialpolitischen Pfäffchen bieten, die ihn nichts kosten werden, weil sie eben ohne die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter wirkungslos bleiben.

Die Beweise dafür sind vielfach erbracht. Die Versicherungsgesetzgebung beispielsweise hat erst von dem Tage an wirkliche Bedeutung für die Arbeiter erlangt, als die Gewerkschaften durch Teilnahme an den Wahlen es verstanden haben, den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Verwaltung der Versicherungssträger und auf die in Streitfällen rechtspredenden Instanzen zur Geltung zu bringen. Und die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung bliebe nahezu wirkungslos, wenn nicht die Gewerkschaften auf ihre Durchführung drängen würden. Die Gewerbegerichte, eine höchwichtige soziale Institution, werden zur Farce, wo nicht die gewerkschaftlich organisierten und geschulten Arbeiter durch ihr Eingreifen die moderne Auffassung des Arbeitsrechts zum Durchbruch bringen können. Man versteht es angeht dessen, weshalb die Gewerkschaften von den Scharfmachern so gehaßt werden.

Die Scharfmacher wollen die Unterdrückung der Arbeiter, um den Profit zu erhöhen. Sie umgeben sich daher mit einem patriarchalisch-sozialpolitischen Mantel und wollen angeblich die Sozialpolitik fördern helfen. Dafür verlangen sie die Gestaltung der Dinge nach ihren Intentionen. Das ist ein geschickter politischer Schachzug, der zeigt, daß die Arbeiter und die Buca die politische Situation vielleicht am besten zu beurteilen wissen.

Nach dem Vorangeschickten wird man leicht den Charakter, der von dem Blokreichstag zu erwartenden sozialpolitischen Maßnahmen im voraus beurteilen können. Scheiden wir zunächst die bereits fertig gestellte Gewerbeordnungsnovelle, auf die noch besonders einzugehen sein wird, aus, so ist es zunächst neben der Gestaltung der Arbeiterversicherung die Frage der Arbeitskammern, die nach den Mitteilungen des Staatssekretärs einen Gesetzentwurf zeitigen wird. Da die Großindustriellen früher sich gegen die Arbeitskammern ausgesprochen haben — sie wollten höchstensfalls keine Arbeitskammern akzeptieren, deren Urteile sie im voraus diskreditieren zu können meinten —, so darf man annehmen, daß die Regierung sie mit dem Projekt nunmehr ausgeführt hat. Das besagt aber zugleich, daß der zu erwartende Gesetzentwurf eine rationale Vertretung der Arbeiterinteressen durch die Arbeitskammern nicht gewährleisten wird. Sie werden vielleicht begutachtende Funktionen erhalten, vielleicht auch eine

bureaucratische Verwaltung und im übrigen zu gleichen Teilen von Unternehmern und Arbeitern zusammengefasst sein. Es werden also Mäuler ohne Zähne sein, die den Großindustriellen nicht gefährlich werden können.

Werner steht die gesetzliche Regelung der Witwen- und Waisenversicherung noch aus, die vom Zentrum als Handelsobjekt bei der Annahme des neuen Zolltarifs im Jahre 1902 benutzt und damals beschloffen wurde. Da sie aber aus den Maßnahmen aus dem Zolltarif bestritten werden soll, das Reich aber ein Defizit von 120 Millionen Mark im letzten Jahre aufzuweisen hat, wozu noch große Mehrforderungen der Regierung für Meer, Marine und Kolonialpolitik kommen, dürfte die Witwen- und Waisenversicherung ziemlich leer ausgehen.

Auch von der Versicherung der technischen Angestellten, Werkmeister usw. ist die Rede. Bestimmte politische Gestalt hat diese Frage noch nicht angenommen. Aber sie wird im Zusammenhang mit der Mittelstandspolitik des Blocks zu betrachten sein, die mit den Veraltungen des kleinen Befähigungsnachweises für das Handwerk und der Sicherung der Bauforderungen der baugewerblichen Unternehmer in letzter Woche einsetzten.

Wertvolle sozialpolitische Maßnahmen dürften für die Arbeiterklasse nur durch die Gewerbeordnungsnovelle zu erwarten sein. Freilich wird auch hier, wie der Entwurf, dessen Inhalt unsere süddeutschen Parteiblätter zu veröffentlichen in der Lage waren, anzuweisen, den berechtigten Interessen der Arbeiter nur zum Teil Rechnung getragen werden. Wir werden in einem letzten Artikel diese Novelle ansehen.

### Wie entstand das preußische Dreiklassenparlament?

Der preussische Landtag ist in die letzte Session der gegenwärtigen Legislaturperiode eingetreten. Im Jahre 1908 geht die fünfjährige Lebensfrist des Abgeordnetenhauses zu Ende. Spätestens vor Herbst müssen Neuwahlen stattfinden.

Der Wahlkampf für diese Erneuerung wird jetzt schon seine Werten vorwärts in unser öffentliches Leben. Denn es handelt sich dabei um die Grundbedingungen dieser sogenannten Volksvertretung. Es handelt sich um die Frage, ob das Viermillionenvolk Preussens noch länger von einem Privilegiertenklingel regiert werden soll, der eine doppelte Hochburg in den zwei Häusern des Landtags besitzt, in dem Herrenhause, dem das Privilegium blaublättriger Geburt, und in dem Abgeordnetenhause, dem das Privilegium des Geldes das Gepräge verleiht. Das Herrenhaus ist der direkten Repräsentation durch den Wahlkampf völlig entzogen; sein Geschwister, das Abgeordnetenhause, beruht zwar auf Wahlen, und doch ist es ein Privilegienparlament, eine Geldkammer. Ein raffiniert angelegtes Verzeichnis, das Dreiklassenparlament macht den Geldwert zum entscheidenden Faktor seiner Zusammensetzung, indem er die große Masse des Volkes zugunsten der wohlhabenden Klassen entzweit. Ein Proletarier der dritten Klasse ist nur ein Zehntel des Einkommens auf die Zusammenkunft des Hauses aus, der einem Mitgliede der oberen beiden Klassen zuzieht. Für die Wohlhabenden die wirkliche Macht, der entscheidende Einfluss auf die Wahl der Abgeordneten, für die Proletarier den dürftigen Schein, für ein Zehntel des Volkes den Stern, für neun Zehntel die Schale.

Was Wunder, daß die Frucht dieses täuschlichen Systems überaus schädlich für Preussens Volk und Staat! Die dem Wahlrecht in aller Weise ist es zu danken, daß Preußen heute hinteran schleicht in kultureller Entwicklung, daß die kleine, aber mächtige Junkerarchie den Staat für ihre Interessen ausbeuten kann, daß Preußen mit Niederlage und dem Königreich Sachsen sich um die Ehre zu streiten hat, das mächtigste Staatswesen Deutschlands zu sein, daß es zum Vollwerk der Reaktion geworden ist für ganz Europa.

Wie die Dreiklassenparlament Preußen zum Vollwerk der Reaktion gemacht, ist sie selbst ein Vorbild, dem Volke widerrechtlich unterworfen bei in einer Periode der jüngsten Reaktion.

Preussens Volk hat schon einmal, wenn auch nur kurze Frist, das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht besessen, das nur durch ein direktes Verfahren sich unterscheiden von dem heutigen Reichstagswahlrecht. Das war im Jahre 1848, als die Barrikadenkämpfe des Volkes von Berlin und die Volksbewegung, die dadurch in ganz Deutschland entzündet wurde, das absolutistische Regierungssystem zerschmetterten hatten. Da waren die deutschen Fürsten wie ihre bureaukratischen Handlanger in den Landesverwaltungen für jedes Mißgeschick zur Rechenschaft gemacht. Ein deutscher Reichstag wie eine preussische Nationalversammlung wurden auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts im Handumdrehen konstituiert. Aber leider zeigte sich das Bürgerturn in Preußen selbst wie im ganzen Deutschland der günstigen Lage nicht gewachsen, die ihm die werthvolle Bundesgenossenschaft des Proletariats verschafft hatte. Es ließ die ganze Macht in den Händen der Junker und Bureaucraten in Zivil und Uniform. Die Parlamente beschränkten sich mit leerem Gerede. Und als dann die werthvolle Regierung, die im Volke durch die Märztagen entzündet war, zurückdrückte unter dem lähmenden Einflusse der Unfähigkeit der parlamentarischen Bourgeoisvertreter, da konnte schon nach einem halben Jahre die wieder auf der Dauer liegende Reaktion die preussische Nationalversammlung abwürgen, wie sie kurze Zeit darauf dem preussischen Reichstag den Garaus machte.

Ein beschränktes Wahlrecht wurde von der junkerlich-bureaucratischen Regierung „oktroiziert“, d. h. ohne das Volk oder seine Vertreter zu fragen, einfach durch einen Willkürakt in Kraft gesetzt. Und als auch dies Mittel eine noch nicht völlig geistige Vertretung hervorbrachte, wurde auch diese durch einen zweiten Staatsreichstag am 27. April 1850 aufgelöst und dann das widerwärtige Dreiklassenparlament oktroiziert, das in seinen wesentlichen Zügen bis heute in Kraft geblieben ist und bis heute das preussische Volk unter die Schand einer Geldkammer unterwirft.

Nachträgliche Billigungen des Staatspräsidenten durch die Erwählung des Geldadelsrechts können das Unrecht nicht zum Recht, die Geldkammervertretung nicht zu einer Volksvertretung machen. Dem preussischen Abgeordnetenhause von heute haften der Mangel der Erzeugung durch den Staatspräsidenten genau so an, wie der dritten Kammer des römischen Senats, in deren Entstehungsgeschichte die Schaffung von Friedrich Wilhelm IV. Summa eine trübliche Nachahmung geworden hat.

Es war dann nur eine würdige Verabschiedung dieser Geldkammervertretung, daß dem Abgeordnetenhause 1851 wiederum durch gesetzliche Verordnung ein Junker- und Bureaucratentombenittel als „Herrenhaus“ an die Seite der vielmehr voranzugleich wurde.

Über fünfzig Jahre lang währte nun schon dieses Regierungssystem des schlecht verhaltenen Absolutismus, das mit seinen beiden Schimpfparlamenten, der Geldkammervertretung und dem Junkerthum, die Bureaucratentombenittel, ausstrahlt. Klagend für die Interessen des Volkthümlich schuldenden und waltenden Beamtenapparats sind aber die Interessentligen der großen Ausbeuter in Stadt und Land, eintheils der Großkapitalisten in Industrie und Handel, der Großgrundbesitzer anverwandelt.

Soweit nicht schon der Klassen- und Kastengeist des Beamtenums aus eigenem Trieb für die Erfüllung der Ausbeuterwünsche sorgt, werden deren volkreuchliche Verbrüderungen durch die „Kamarrissen“ auf den Schleichwegen höfischer Hinterthronen gefördert. Das Treiben der Liebenberger, deren dritige Standale zum Entsetzen der herrschenden Klassen jüngst in aller Deutlichkeit aufzuarsten, ist nicht ohne eine Ausnahmestellung, es ist das vielmehr ein unvermeid-

licher Bestandteil einer jeden absolutistischen oder auch nur halbabsolutistischen Regierung zu allen Zeiten und in allen Ländern gewesen.

Wie kommt es nun, daß über 50 Jahre lang die Bevölkerung Preussens sich dieses verderblichen und blamablen Regierungssystem hat gefallen lassen? Hatte nicht auch das Bürgerturn in seiner großen Mehrheit unanständig daselbe Interesse an der Einführung volkstümlicher, freierwilliger und demokratischer Einrichtungen wie das Proletariat? Weshalb hat es niemals ernsthafte Anstalten gemacht, den ersten Schritt zur Beseitigung untrer Zustände, die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts, zu erwirken? Weil sehr bald nach dem Frühlingserauch von 18 den ausbeutenden Schichten des Bürgerturns die Erkenntnis aufdämmerte, daß seine wirtschaftlichen Interessen und die des Proletariats einander verfeindeten und daß deshalb die Demokratisierung untrer Staatsverrichtungen dem erwachenden Klassenkampf des Proletariats zugute kommen müßte. Solange deshalb das liberale Bürgerturn noch die große Mehrheit des Volkes, auch der noch nicht vom Klassenbewußtsein ergriffenen Proletariatsmassen, auf seiner Seite hatte, führte es zwar in den 60er Jahren den Kampf gegen Militarismus, Junkertum und Bureaucratie mit einigen Eifer, wenn auch ohne Opferwilligkeit und Nachdruck. Mit dem Jenuswahlrecht, dem Dreiklassenparlament, fand sich das liberale Bürgerturn ganz gut ab, da es selbst Vorteile davon zog. Es machte niemals ernstlich Anstalten, das preussische Dreiklassenparlament zu ersetzen durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht.

Wohl aber trat mit dieser Forderung des erwachenden Proletariat sofort auf den Kampfplatz, als sein Vorkämpfer Lassalle 1863 die Forderung des Klassenkampfes in dem „Eisernen Antwortschreiben“ aufplante. Diese Forderung war zwar für ganz Deutschland, zunächst aber für Preußen gemüthlich. Schon 1866 war sie für Deutschland, d. h. zunächst für den Norddeutschen Bund, 1871 auch für das neu gegründete Deutsche Reich vermittellich, da die preussische Regierung, um ihr revolutionäres Eingreifen durch die öffentliche Meinung zu legitimieren zu lassen, genöthigt war, für die deutschen Verhältnisse wenigstens diese alle achtundvierziger Forderungen wieder ins Leben zu rufen. Hätte damals das Bürgerturn noch einigermaßen Mäßigkeit gezeigt, es hätte mit dem Proletariat zusammen auch für Preußen die Einführung des Reichstagswahlrechts erwirken können. Aber leider belannte sich sogar die nationalliberale Partei, unter welcher Firma die große Masse des Bürgerturns fortan ihre politischen Geschäfte betrieb, auch 1876 noch zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Einzelstaaten. Aber das geschah nur, um den schönen Schein zu wahren. Tatsächlich war jene Partei je selbst der sichtbarste Ausdruck der Ausbeutung der großen Masse des Bürgerturns mit dem halbabsolutistischen Regierungssystem. Ihrer Natur als privilegierte Klasse nach konnte sie nicht eine Forderung betreiben, die nur mit Hilfe einer großen Volksbewegung gegen dieses Regierungssystem sich durchsetzen ließ. Sehr bald ließ denn auch die nationalliberale Partei die 1867er Forderung völlig fallen. Heute ist sie die Verteidigerin der Dreiklassenwahlrechts in preussischen Abgeordnetenhause.

Aber auch bei den andern bürgerlichen Parteien, die der Form nach Gegner dieses Wahlrechts sind, ist, je nach dem Grade und dem zeitlichen Stande ihrer Regierungsfähigkeit, wie man schon oben gesagt die untertänige Folgsamkeit einer Partei gegenüber Junkertum und Bureaucratie nennt, die Neigung für das Reichstagswahlrecht geblieben oder gestunken. So war die Stimmung der Zentrumspartei dafür völlig abgestumpft während der Zeit ihrer Wilhelms-Freundschaft. Sie ist jetzt, seitdem die Schutztruppe Roms in die Oppositionstellung gedrängt wurde, wieder um ein Grade gestiegen.

Andererseits ist in der Erwartung des sogenannten entschiedenen Liberalismus mit den Anstrengungen zur Durchföhrung der Kolonial-, Marine- und Heeresforderungen ein neues Hemmungsmoment gegen das Eintreten der Liberalen in eine große Volksbewegung zur Demokratisierung des preussischen Staatswesens entstanden.

Nur aus den entrechteten Klassen, nur aus dem Proletariat selbst konnte diese Bewegung erwachen, die jetzt von Jahr zu Jahr mit wachsender Kraft unter öffentliches Leben durchdringt. Entrechtet durch die Dreiklassenparlament sind nicht nur die Proletarier, die zur Sozialdemokratie sich bekennen, getroffen werden dadurch alle Arbeiter, alle Proletarier, was Glaubens, welcher Abkunft sie sind, ja welcher Partei sie auch gegenwärtig Gefolgschaft leisten mögen. Sie alle gilt es aufzurütteln, damit sie einschwenken in diesen Klassenkampf, der zu einem siegreichen Ende führen muß, weil die wirtschaftliche Entwicklung in Preußen und Deutschland die volle Verwirklichung des elementarsten politischen Rechts, des gleichen Wahlrechts für Männer und Frauen, zu einem Gebot der geschichtlichen Nothwendigkeit gemacht hat.

### Die Steigerung der Kohlenpreise.

Die Klagen über Verteuerung der Brennstoffe werden stets lauter. Auf die Erklärung der Grubenbesitzer, sie erhöhten die Kohlenpreise nur um das Nothwendigste, die Preisentwicklung sei eine natürliche, antworten die Konjunkturisten mit der Gegenklärung: von einer mäßig en Preissteigerung könne gar keine Rede sein. Trete keine Wendung zum Besseren ein, dann würden viele kapitalistische Unternehmungen durch die anhaltende Verteuerung der Brennstoffe zugrunde gerichtet. Zweifelloso standen schon 1906 die Kohlenpreise in den Hauptkohlenbezirken Deutschlands noch höher wie 1900, dem Jahre des damals viel erörterten Kohlenwunders. Eine Zusammenstellung der durchschnittlichen Tonnenwerte in den bedeutendsten Grubenbezirken bezw. Bergbauländern läßt uns näher erkennen, daß wir in Deutschland eine starke, fast unauferlegliche Kohlenpreissteigerung zu verzeichnen haben. Unter Tonnenwert ist der Wert am Schacht zu verstehen, so wie ihn die Grubenbesitzer den heimischen Leimern deklarieren. Nicht etwa der tatsächlich erzielte Verkaufspreis. Wir entnehmen die nachstehenden Ziffern dem 2. Teil des Jahresberichts des Bergbauvereins für den Oberbergamtsbezirk Dortmund. Danach sind als Durchschnittswerte pro Tonne (1000 Kilogramm) Steinkohlen ermittelt:

	1885	1900	1905	1906
Überbergamtsbezirk				
Dortmund	1,37	7,72	7,39	7,57
Dortmund	4,70	8,53	8,40	8,76
Sonn	7,13	11,15	10,96	11,21
Preußen überhaupt	4,97	8,61	8,51	8,79
Sachsen	7,13	12,56	10,58	11,07
Sachsen	8,60	11,30	10,85	10,96
Schlag-Lothringen	7,72	10,66	10,61	10,77
Deutsches Reich	5,19	8,84	8,86	8,93
Verein. Staaten von Nordamerika	6,64	5,27	5,62	5,73
Großbritannien	5,19	10,86	7,09	—
Österreich	5,22	7,39	6,75	7,15
Frankreich	9,50	12,11	10,47	—
Belgien	7,18	14,10	10,24	—

Sowohl in Preußen wie im ganzen Deutschen Reich hatten 1906 die Tonnenwerte der Steinkohlen von 1900 überholt. Das war insbesondere der Fall in den ausschlaggebenden preussischen Kohlenbezirken an der Saar, an der Ruhr und in Schlefien. Seit 1885 beträgt die Wertzunahme rund 80 Prozent. Weder absolut noch relativ trat in untrer Hauptkohlenbezirkland Großbritannien eine so anhaltend starke Steigerung ein. In Nordamerika ist sogar eine Wertbilligung der Kohlen zu konstatieren. Wertenswerth ist, daß in Preußen und Deutschland der Tonnenwert 1905 fast auf der Höhe von 1900 fiel, während in Großbritannien, Belgien und Frankreich eine bedeutende Abnahme eintrat. Den ausnehmend rasch organisierten Grubenbesitzern in Preußen-Deutschland ist es gelungen, selbst in wirtschaftlich ungünstigeren Jahren doch die Hochkonjunkturpreise wesentlich zu halten. Eine Verdrängung der in Niederkonjunktur nach billigeren Brennstoffen verlangenden Verleerungsindustrien haben die Kohlengrubenbesitzer in Deutschland nicht für nötig gehalten.

Darüber klagen die Kohlenkonjunkturisten bei der letzten Geschäftsflaute und heute wieder. Nach den Notierungen der für die Kohlenpreise-

gestaltung besonders wichtigen Essener Börse wurden durchschnittlich für die Tonne bezahlt in Mark:

	1885	1900	1906
Stammkohlen	5,89	10,00	10,27
Feinkohlen	5,63	10,25	10,27
Wagertohlen	4,76	9,50	9,53
Gasohlen	7,33	12,75	12,50

Welche Preise erzielt werden im direkten Verkauf, geht aus der neuesten Berechnungstabelle des Kohlenindexfaktors hervor. Gegen die Preisparität dieser übermächtigen Grubenorganisation richten sich die meisten Beschwerden der Konjunkturisten. Das Syndikat bestimmt nämlich schon im November, welche Preise für die nächsten 1 1/2 Jahre zu zahlen sind, ohne Rücksicht auf etwaige Konjunkturveränderungen. Pro Tonne (je nach Sorte) verlangt das Syndikat für

	1906/1907	1907/1908
Stammkohlen	9,00—12,50	10,00—13,50
Stammkohlen	8,50—12,50	10,00—13,50
Feinkohlen	7,50—13,50	8,50—16,50
Wagertohlen	5,00—22,50	6,00—23,50

Bis zum 31. März 1908 sind also die Syndikatspreise noch um 1 Mark pro Tonne höher gestellt wie im Jahre vorher, obgleich ohne Zweifel die Konjunktur sich weiter verschlechtert wird. Darin liegt eine grobe Rücksichtslosigkeit gegenüber der Allgemeinheit, daß man die anwachsende Opposition gegen die Syndikatspreise nicht begründlich finden muß.

### Schon wieder ein Bierfahrer ermordet und beraubt.

Vor Jahresfrist hatten wir über einen ähnlichen traurigen Fall zu berichten. Damals war das Opfer der Bierfahrer Kollege Haase von der Schulknechtbrauerei, Abteilung Fürstenwalde, der in der Nacht zum Sonntag, dem 28. Oktober 1906, auf dem Wege von Müncheberg nach Fürstenwalde ermordet und am Sonntag früh als Leiche auf seinem Bierwagen gefunden wurde. Der Kollege war neuchlings erschlagen, er hatte am Hinterkopfe eine furchtbar. Wunde, die Schädelbedeckung hatte ein klaffendes Loch, außerdem war dem Ermordeten der Hals durchschnitten. Den oder die Mörder hat man heute noch nicht.

Heute haben wir wieder über einen Raubmord zu berichten. Das unglückliche Opfer ist der Bierfahrer Kollege Quille von der Brauerei Fulda in Sacrau bei Breslau. Er wurde am Sonnabend, dem 23. November, abends nach 9 Uhr auf der Straße zwischen Carlowitz und Rosenhain bestunungslos auf seinem Wagen liegend gefunden, aus mehreren Kopfwunden blutend. Außer einer Anzahl Messerstücke hatte er auch mehrere Schlagwunden am Kopf, die ihm wahrscheinlich mittels eines Beiles, das er auf dem Wagen mit sich führte, beigebracht worden sind. Als er überfallen wurde, befand er sich auf der Heimfahrt von seiner Landtour und hatte außer den für Bier vereinnahmten Geldern in Höhe von 120 Mk. noch 50 Mk. eigenes Geld bei sich, das ihm geraubt wurde. Am andern Morgen ist er seinen Verletzungen erlegen. Der unglückliche Kollege, der das Opfer dieses freien Heberfalls geworden ist, war ein 33 jähriger, rüstiger Mann, der seit 10 Jahren im Dienste der Fuldaischen Brauerei stand und als stets zuverlässig und pflichteifrig geschildert wird.

Ungeachtet dieses Vorfalles stellen wir wie im vorigen Jahre auch heute wieder die dringliche Forderung an die Unternehmer:

### Mehr Schutz den Landbierfahrern!

Die Opfer der Straße gehen ins Ungeheuerliche. In kurzen Zwischenräumen lesen wir von Unglücksfällen, meistens mit Todesfolge, die Bierfahrer betreffen, weil ihre Arbeitszeit eine zu lang ausgebehtete, weil sie übermüdet sind. Dazu auch noch die Raubansfälle, auch im Dunkel der Nacht verübt, wie jene Unglücksfälle wohl ausschließlich in der Nacht, am frühen, dunkeln Abend erfolgen. Der Blutopfer, die nach Abhilfe rufen, sind übergenug. Was zum Schutze des Lebens der Arbeiter geschehen kann, muß geschehen. Das Profitinteresse der Kapitalisten sollte nicht über Menschenleben stehen.

Es müssen die Landtourer entsprechend verkürzt, mehr Touren eingerichtet werden, damit die Bierfahrer in einer normalen Tageszeit ihre Touren erledigen können.

Es muß dem Landbierfahrer ein Mitfahrer beigegeben werden, damit einmal die Tour schneller erledigt werden kann und er ferner auch vor entsetzlichen Ueberfällen mehr gesichert ist.

Auch vom Einkassieren des Geldes sollte er entlastet werden und last not least sollte man ihm auch eine Waffe zur Abwehr eventueller Ueberfälle mitgeben.

Aber die Verkürzung der Arbeitszeit, eine geregelte Arbeitszeit ist die Hauptsache, auch um den vielen Unfällen infolge der langen Touren und der Uebermüdung vorzubeugen.

Diesen Forderungen den nötigen Nachdruck zu verleihen, sind die Bierfahrer selbst in der Lage durch Anschluß an die Organisation. Diese Blutopfer sollten ihnen überzeugende Mahner sein. Ginein, ihr Bierfahrer in den Brauereiarbeiterverband!

### Bewegung im Berufe.

#### Kohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zubuz ist fernzubalten nach Augsburg, Udernach (Malsfabrik), Liegnitz, Nordhausen (Brennerei Fr. Legen), Schwabach (Brauerei Viehbeck), Bad Dils (Schafflerbräu), Mühlheim (Mühl), Saarn (Malsfabrik), Mainz (Malsfabrik), Dahnau (Malsfabrik) und Sindau i. B. (Ziselbrauerei). † Der „Doornlaar“-Schnaps ist boykottiert. Kollegen, sorgt für Ausführung dieses Beschlusses! Besonders in Rheinland-Westfalen wird noch viel „Doornlaar“ konsumiert und sollten die dortigen Kollegen dem Boykott mehr Beachtung schenken.

† Boykottiert ist auch der Schnaps der Kornbrennerei Friedrich Degens Nachfolger, Inhaber H. Stegemann Sohn, Nordhausen. Herr Stegemann sitzt immer noch auf hohem Pferd und lehnt Verhandlungen ab.

† Alshoffenburg. Verichtigung. Zum Tarif in Nr. 48 der „Brauereiarbeiter-Zeitung“ muß es heißen: Die Nachfrist der Wähler beginnt morgen 2 Uhr. Die Löhne der Vorderbrücken und Nachbrücken betragen 3 I. 10 Mk. Sonntags-Piederpuzen und

Hüttern, während der ersten zwei Sonntage wird nicht extra bezahlt, alle andre Arbeit wird mit 2 Mk. nebst den ausbezahlten Spesen vergütet; die Arbeit am 3. Sonntag wird mit 1,50 Mk. bezahlt. Bei Krankheit werden die ersten drei Tage nicht bezahlt.

**Lequis.** Die Saalbesitzer fühlen den Vorkauf über das Bier der hiesigen Brauereien erheblich. Mehrere derselben sind an das Kartell herangekommen wegen Aufhebung des Vorkaufs. Das Kartell unternehme den Verkauf bei den Brauereien, eine Einigung herbeizuführen, doch die Brauereien lehnten auch diesen billigen Vermittlungsvorschlag ab. Sie kümmern sich nicht um den Schaden, den den Gastwirten durch das Verhalten der Brauereien zugefügt wird. Den Gastwirten wird nichts weiter übrig bleiben, als selbst stärkere Saiten gegen die Brauereien aufzuziehen und sie mit ihrem Bier zum Tempel hinauszutragen. Die Arbeitererschaft wird den nötigen Nachdruck geben.

**Stidenburg.** Tarifvertrag der Brauerei Boyer mit dem Zentralverband deutscher Brauerarbeiter. Arbeitszeit 10 Stunden bei höchstens 13stündiger Schicht, bei Schichtwechsel 12stündige Schicht. Die Arbeitszeit der Bierfahrer muß sich möglichst der übrigen anpassen und erhalten dieselben Nebenstunden vergütet, wenn die regelmäßige Arbeitszeit um 1 Stunde überschritten wird oder sie so spät vom Hofe fahren müssen, daß eine rechtzeitige Abkunft nicht möglich ist.

Uebereinstimmung für Brauer, Wötker, Raschmitten bei Einstellung 24 Mark, nach 1 Jahr 25 Mk., nach 2 Jahren 26 Mk. pro Woche; für Brauerarbeiter bei Einstellung 18 Mk., nach 1/2 Jahr 19 Mk., nach 1 Jahr 20 Mk., nach 2 Jahren 21 Mk., nach 3 Jahren 22 Mk.; Vorderposten 1 Mk. höher; für Heizer bei Einstellung 12 Mk., nach 1/2 Jahr 13 Mk., nach 1 Jahr 14 Mk.; für Zinkhütte 1 Mk. höher wie Brauerarbeiter, bisherige Spesen bleiben bestehen; für Arbeiterinnen 14,50 Mk. Diejenigen, welche den Höchsthöhe schon beziehen, erhalten 1 Mk. Zulage. — Posten, die von Gelehrten besetzt waren, werden bei Vakanz wieder von solchen besetzt; bei vorübergehender Vertretung durch Hilfsarbeiter erhalten diese nach 8 Tagen den Lohn des Gelehrten.

Ueberstunden für alle Arbeiter wochens 50 Pf., Sonntags 60 Pf. pro Stunde. Sonntagsarbeit der Mälzer wird mit 1,80 Mk. vergütet — jeden dritten oder vierten Sonntag ganz frei — für Darren am Sonntag 3 Mk., Stadtdienst 3 Mk., Bierfahren 1 Mk.

Bei Krankheit für 14 Tage die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, bei Leistungen die Differenz zwischen Lohn und gesetzlicher Vergütung auf 14 Tage, bei unverjährbaren Verhältnissen bis zu 1 Tag keinen Lohnabzug.

Urlaub ohne Lohnabzug nach 1 Jahr 2 Tage, nach 2 Jahren 3 Tage, nach 3 Jahren 4 Tage und so fort bis zu einer Woche.

Der Tarif trat am 1. Juli 1907 in Kraft.

**Malzfabriken.**

**Frankfurt a. M. Tarifvertrag.** Mit der Malzfabrik Mathies u. Salomon wurde am 8. Dezember ein Tarifvertrag abgeschlossen.

Die Arbeitszeit ist 10 Stunden, die siebente Nacht beim Schichtwechsel dauert von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens, mit 2 Stunden Pausen, für die Nachschichten wird Nachschichtvergütung einbezogen.

Lohn 26 Mk., von Weihnachten ab 27 Mk., nach 1 Jahr 27,50 Mk. Ueberstunden wochens 50 Pf., Sonn- und Feiertags 60 Pf. pro Stunde.

Die am Schluß der Kampagne zur Ausstellung kommenden Arbeiter werden bei Beginn derselben unter Berücksichtigung des Dienstalters wieder eingestellt, wenn sie die Kampagne durchgemacht und sich bis spätestens 15. August gemeldet haben.

Zu Krankheitsfällen wird von 1. bis einschl. 13. Tage pro Tag 1,20 Mk., bei Leistungen pro Tag 1 Mk. bis zu 30 Tagen gewährt für 1/2 Jahr im Betrieb Tätige. Bei unverjährbaren Verhältnissen kein Lohnabzug.

An Verbesserungen wurden erzielt: Arbeitszeitverkürzung 20 Minuten pro Tag, Lohnerhöhung 1 Mk. pro Woche sofort und 1 Mk. ab 25. Dezember, ferner im nächsten Jahr 50 Pf. Auch die sonstigen Verbesserungen sind neu.

**Mannheim. Secundärer Streik.** Der Streik in der Malzfabrik und Mälzerei Henmann ist beigelegt und sind annehmbare Bedingungen erzielt worden.

**Korrespondenzen.**

**Berburg.** Unsere stark besuchte Versammlung am 30. November hatte sich mit dem Verhalten des Brauereiführers Filzged der Aktien-Brauerei zu beschäftigen, der uns wiederholt Veranlassung gegeben hat, gegen seine Behandlungswiese, sowie gegen sein Arbeitsverhältnis einzuschreiten, um wenigstens einigermaßen in Frieden arbeiten zu können. Neulich wurden zwei Kollegen von noch nicht vollendet Arbeit weggeholt, um andere Arbeit zu verrichten und ihnen dabei „Manschneger“ angedroht. Ausdrücke wie: „Wenn dir's nicht paßt, so pade den Koffer“, „Ihr seid schon früh befoffen“, „die Bande fliegt alle raus“, sind an der Tagesordnung. Von der Schwankhülle ist seit längerer Zeit ein Hammer verschwunden. Der Verdacht wurde natürlich auf die organisierten Arbeiter gelenkt, was aus einem Anspruchs des Brauereiführers zu einem Kollegen hervorgeht: er solle in der nächsten Versammlung zur Sprache bringen, daß ein Hammer abhandelt gekommen sei. Diese Äußerung werden wir uns notieren, erümmern den Brauereiführer aber im übrigen an eine Lockerung eines vor kurzen Entlassenen, der kein Mittel gesucht hat, um unsere Zahlstellenverpflichtenden von seinem Posten wegzuekeln. Wir gehen wohl nicht fehl mit untrer Ansicht, daß 8. nur die Heile verheißt, die „oben“ geschminkt werden, wollen aber dabei bemerken, daß es ein gefährliches Spiel ist und die Heile leicht auf den Schützen und seine Hintermänner zurückprallen könnten.

**Braunschweig.** In untrer gutbesuchten Versammlung am 30. November gab der Vorsitzende den Jahresbericht, der von einer großen Arbeit des Vorstandes zeugte. Es wurden nicht weniger als 48 Versammlungen und Sitzungen abgehalten, darunter 22 Betriebsversammlungen. Die Kollegen äußerten auch ihre volle Zufriedenheit mit der Erledigung der Geschäfte und werden hoffentlich der Aufforderung des Vorsitzenden Folge leisten, in Zukunft jeder seine Schuldigkeit zu tun in der Agitation und wenn es gilt, für die Interessen des Verbandes einzutreten. Bezirksleiter Winger sprach dann über Grenzverletzungen, die es ja für den Brauerarbeiterverband nicht gebe, und berichtete über Wenders Agitationsweise, und wie der Vorsitzende der Transportarbeiter, Wärfel, in einem Schreiben an Wender den Kartellvorsitzenden Wemmer als Entlassungszeugen Wenders bezeichnet, obwohl W. nach unserer Information von der ganzen Sache kein Wort weiß. Die Kollegen können daraus erkennen, mit welchen Mitteln auf seiner Seite gearbeitet wird, und sollten ihre Anstrengungen verdoppeln in der Aufklärung der Bierfahrer, was unser Verband für sie schon geleistet hat, ehe einmal die Transportarbeiter daran gedacht haben. In bezug auf Extra-Marken stimulte die Versammlung dem Vorkauf ab. Weiter teilt der Vorsitzende mit, daß in einer Brauerei ein bedauerlicher Fall unter den Kollegen vorgekommen ist, wodurch ein Kollege seine Stellung einbüßen mußte. Es ist das eine Folge dessen, daß die Versammlungen nicht besucht werden, wo sich die Kollegen die nötige Aufklärung holen können. Die Kollegen der Feldschlößchen-Brauerei brachten Beschwerden über den Brauereiführer Hoffberg, der allem Anschein nach ein Unterbrechungsmitglied sein will. Jeder soll womöglich Buch führen, wann er eine Arbeit begonnen und beendet hat. Die Ungelegenheit soll in einer Betriebsversammlung erledigt werden.

**Bräffel.** Im 3. Quartal hatten wir Einnahme 74,75 Mk., Ausgabe 37 Mk.; an die Hauptkasse wurden gesandt 37,75 Mk. Die Jahresrechnung vom Oktober 1906 bis Oktober 1907 betrug 227,30 Mark, die Ausgabe 200,75 Mk. Daraus ist zu ersehen, daß trotz erhöhter Beiträge fast die gesamten Einnahmen zu Unterhaltungs-zwecken am Orte verwendet wurden; den Kollegen zur gefälligen Notiz, die noch höhere Unterhaltungsätze im Statut haben möchten.

In der Vorkasse befindet sich ein Bestand von 138 Fr., dazu eine Mille im Werte von 107 Fr., zusammen 245 Fr. Aus stehen noch 25 Fr. bei Kollegen K. L. G., 30 Fr. bei P. O. L. In diesem Bericht ist Antwerpen nicht einbezogen. — In Brüssel ist noch ein großes Arbeitsfeld, über 3000 Brauerarbeiter kommen in Betracht. Wenn auch mancher Kollege sich wegen der Sprache nicht aktiv an der Agitation beteiligen kann, so müssen sie doch mit Pat und Lat den Brüsseler Syndikat beiseite und den Weg zeigen, welchen es einschlagen hat, um ans Ziel zu kommen. Diejenigen Kollegen, welche schon der Verband angehört und nun glauben, eine Lebensstellung zu haben und ihn nicht mehr zu brauchen, sollten doch wenigstens ihre frühere Ueberzeugung revidieren. Es könnte kommen, daß sie mal in ihren Zukunftsplänen geküßelt werden und dann wieder zu ihren Mitkollegen herabsteigen müssen, wie es dem früheren Braumeister G. D. A. L. (Paris) erging, welcher in seiner Stellung als Braumeister die Kollegen nach allen Regeln der Kunst schikanierte und nun als Aufstieher in Antwerpen Freundschaft mit den Kollegen hat, die dann aber dazu benutzt, sie mit den Schwägern zu verlegen. Die Kollegen werden also wissen, was sie zu tun haben.

**Wageningen.** Sehr viel zu beklagen ist noch in der hiesigen Aktienbrauerei. Der Bepfirschauder ist sehr unglücklich, der Schichtführer gleich einer Händschöfle, die Betten sind katastrophal; Häufschäde als Unterbetten und als Klopffolter, Stroh war der Nacht einmal — es ist schon lange her. Wasch-, Bade- und Umkleekabinen sind überhaupt nicht vorhanden. Dazu haben die organisierten Kollegen sehr viel zu leiden. Es sind noch drei Unorganisierte da, die kommen nicht begreifen, daß sie sich organisieren müssen, wenn es anders werden soll. Oder gefällt es ihnen so?

**Chemnitz.** In einer öffentlichen Brauerarbeiterversammlung hielt Gewerkschaftssekretär M. Heldt einen Vortrag „Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften“. In besonderer Weise schilderte er die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung. Als im Jahre 1861 das Koalitionsverbot in Sachsen aufgehoben wurde, seien die Buchdrucker die ersten gewesen, die mit einer gewerkschaftlichen Organisation auf den Plan traten, 1865 folgten sie — ersten Streik aus, der jedoch verloren ging. Als später auch das Koalitionsverbot in Sachsen fallen mußte, machte sich überall eine heftige Strömung zur Bildung von Berufsorganisationen bemerkbar. Seine wurden gebildet, die bald zu bedeutenden Faktoren heranwuchsen. Das Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie legte mit einem Schläge alle in dem Verbot sozialistischer Gesinnung stehenden Vereinigungen hinweg. Was alles gelang wurde, um die aufstrebende Bewegung niederzudrücken, um die Arbeiterchaft mundtot zu machen, ist aus folgenden zu ersehen: aufgelöst wurden 17 Zentral-, 78 Lokalorganisationen; 3 zentralisierte Unternehmungsverände; 20 lokalisierte Vereine, 106 politische und 108 Bergbauvereine, zusammen 322 Vereinigungen. Außerdem wurden verboten: 14 Gewerkschaftsblätter, 129 weitestgehend im Innlande erscheinende und 51 ausländische Schriften, 1067 Reichsblätter und Bücher, 154 Flugblätter, insgesamt 1715 Druckschriften. Ausgewiesen wurden 892 Personen; 505 waren verurteilt, 220 ledig, bei 167 ist das Familienverhältnis unbekannt; außer den Frauen der Verurteilten hinterließen die Ausgewiesenen 373 Kinder. An Freiheitsstrafen wurden circa 1000 Jahre Gefängnis ausgeworfen. Aber auch diese Maßnahmen vermochten nicht, den Arbeiter den Organisationsgedanken auszutreiben. Sofort nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der 1890 erfolgte, legte wieder eine lebhaft Agitation für die Gewerkschaften ein, so daß bereits ein Jahr später in 69 Zentralverbänden 247 000 Mitglieder organisiert waren. Zum Jahre 1894 an stieg die Zahl der Mitglieder beträchtlich. Gegenwärtig sind in den Generalorganisationen angeschlossenen Gewerkschaften 2 Millionen Mitglieder organisiert. Mit der zahlenmäßigen Ausdehnung der Gewerkschaften habe jedoch das Wachstum in die Tiefe nicht gleichen Schritt gehalten. Es sei eine dringend notwendige Aufgabe der Gewerkschaften, für Aufklärung und Bildung in ihren Reihen Sorge zu tragen. Der Redner kritisierte sodann die Ausprägungstendenz des sozialsten Unternehmens und die Tendenz der von ihm gegründeten gelben Gewerkschaften. Durch Anwendung von Sperranlagen (bei Zahlung der niedrigen Löhne) in Verbindung mit andern gnädig gewährten Vergünstigungen zückten sie sich ein Arbeitermaterial heran, das sich stets bei Lohnkämpfen als Streikbrecher gebrauchen läßt. Mit der Aufforderung, durch derartige Verlockungen sich nicht irre führen zu lassen, die Judifizierung nach Möglichkeit aufzuklären, damit die Arbeiterchaft jederzeit gerüstet dastehen, schloß Genosse Heldt seinen mit Beifall aufgenommenen Vortrag. — Unter „Gewerkschaftliches“ wurde ohne Debatte beschlossen, von den Löhnen bis 22 Mk. 1 Mk. und von den höheren Löhnen 2 Mk. als einmaligen Beitrag zu erheben, welcher in Marken a 50 Pf. bis 31. Dezember zu entrichten ist.

**Fürstentum.** In der gut besuchten Versammlung vom 20. November wurde nach Aufnahme zweier Kollegen mitgeteilt, daß die hiesigen Saalbesitzer von nun an den Gewerkschaften ihre Säle zur Verfügung stellen, nur die Festhalle Schmidt, Reschendorf, bleibt bis auf weiteres gesperrt. Laut Kartellbescheid vom 1. August ab ein doppelter Kartellbeitrag erhoben und wird die Hälfte zu einem Dispositionsfonds angeammelt und zustragend angelegt, auch soll im Winterhalbjahr ein Vortragsturnus gegen nützliches Entree abgehalten werden. Nach Bekanntgabe der Abrechnung wurde beschlossen, vorläufig 100 Extra-Marken zu bestellen.

**Göppingen.** In der gutbesuchten Versammlung am 24. November sprach Gauleiter Thierer über „Unternehmerverbände und die freien Gewerkschaften“. Er wies auf die Entstehung und Entwicklung der Unternehmerverbände hin, schilderte ihre Zwecke und Ziele und betonte, daß sich die Unternehmer weder von politischen noch von religiösen Momenten beeinflussen lassen, daß sie, wenn es gilt, gegen die Arbeiterchaft, stets einig sind. Weiter besprach er die Ausprägungstendenz des Unternehmens, hauptsächlich auch der Brauerarbeiter, welche sich auf den Vorkaufsverband stützen, und mit allen möglichen Mitteln die Arbeiterorganisationen zu zerstückeln suchen. Es habe sich aber gezeigt, daß durch die Ausprägungstendenz die Arbeiterorganisationen aufstark geschwächt, vielmehr gestärkt wurden. Er erinnerte aber auch die Kollegen daran, daß sie mit dem Beitragzahlungen ihrer Pflicht nicht genügen, sondern ein jeder für den Verband einzutreten hat, daß unsere Organisation immer geistiger, der Kreis der Organisierten immer größer werde, damit die unzulänglichen Verhältnisse, die auch in Göppingen und Umgebung herrschen, endlich einmal beseitigt würden. Selamitlich läßt die Brauerei V. M. a. n. z. in G. o. l. h. e. m. viel zu wünschen übrig. Es wäre Zeit, daß die dortigen Kollegen auch zur Erkenntnis ihrer Lage kommen. Aber auch in der Brauerei Kad in G. o. p. p. i. n. g. e. n. könne noch manches besser geregelt werden, wenn die Kollegen etwas mehr Energie zeigen würden, und sie sollten hauptsächlich auch mehr agitieren, um die Bierfahrer und Hilfsarbeiter für unsern Verband zu gewinnen.

**Görlitz.** Am 20. November fand hier selbst eine gutbesuchte öffentliche Brauerarbeiter-Versammlung statt. Gauleiter Kollege Klippel referierte in derselben über das Thema: „Die Arbeitnehmer und ihre Gegner“. Er schilderte hauptsächlich die tiefertragige Lage, in welcher die Brauerarbeiter Oberdeutschens sich jetzt noch befinden, wie sie von den Arbeitgebern gedrückt und ihre Arbeitskraft ausgebeutet wird. Ferner erwähnte er die Kollegen, in ihrer Organisation auszuharren und sie auszubauen, damit wir bei unsern nächsten Tarifabschluss, welcher am 1. Juli 1908 stattfinden muß, einheitslich und stark vorgehen können. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion. Die anwesenden Brauer von der Aktienbrauerei, darunter einige Bundesmitglieder, konnten sich noch nicht schlüssig werden, dem Verbands beizutreten, und sie meinten, sie werden zu schwach vertreten. Auf ihren Antrag wird eine Betriebsversammlung einberufen, zu welcher auch Kollege Klippel herangezogen werden soll, die hoffentlich von gutem Erfolg im Interesse aller sein wird. Kollege Klippel erläuterte noch eingehend das Verhältnis zwischen Verband und Bund und forderte die Bundesmitglieder zum Anschluß an den Brauerarbeiterverband auf. Ausnahmen waren fünf zu verzeichnen.

**Galle.** Am 23. November sprach Gauleiter Stöcklein in unserer Versammlung über die Kämpfe des Brauerarbeiterverbandes, mit besonderer Berücksichtigung der Vorgänge in Augsburg. Die Disziplinstrecker verpflichteten dem Referenten bei und wurde folgender Antrag angenommen: „Kollegen mit Löhnen über 25 Mk. pro Woche haben 5, von 20—25 Mk. 3, unter 20 Mk. 2 Extramarcken

zu entnehmen, die die Vertrauensleute bis zum 31. Dezember einzusammeln haben.

**Hamburg.** In der Versammlung am 24. November wurde 22 Kollegen aufgenommen. Eöfing erhaltete Bericht vom Antratorium. Zunächst handelte es sich um die Beschwerde des Kollegen Weinen gegen die Brauerei Hansen Sw. Durch die verwerflichen Manipulationen des Bundesgeleitens Juckerroll gegen meine Mitglieder war Weinen gezwungen, um die Interessen unserer Mitglieder zu wahren, bei Herrn Hansen persönlich zu werden. Bei dieser Unterredung wurde Weinen entlassen. Das Antratorium konnte keinen Grund zur Entlassung finden und verpflichtete die Brauerei, Weinen wieder einzustellen und außerdem 90 Mk. Entschädigung zu zahlen. Der Transportarbeiterverband erhob Entschädigungsansprüche für drei ihm angehörige Arbeiter, welche vom Bürgerlichen Kaufhaus entlassen worden waren. Selbige haben beim Laden des Bierwagens einige Liter weniger, als sie tatsächlich auf dem Wagen hatten, abgegeben. Da zwei der Arbeiter wegen eines gleichen Falles schon einmal verurteilt waren, wurden sie mit ihren Mitschüden abgewiesen. Wötker, als Vertreter des Transportarbeiterverbandes, hob der Brauerei die Schuld zu, da sie nicht genügende Kontrolle hinsichtlich mit die Arbeiter dadurch leichtsinnig würden. Nach Ansicht Wötkers sind wohl die unter keiner Kontrolle arbeitenden Kollegen Spitzbuben? Dem Antratorium wurde die Frage vorgelegt, ob die Brauereien beschuldigt sind, förmliche Stalkende und Räuber ohne Vermeidung des Arbeitsnachweises zu beziehen. Dies wurde wiederum verneint, und haben die Brauereien ihre Stalkende und Räuber, bis auf den vorgedachten Prozentsatz, vom Arbeitsnachweis zu beziehen. In der Diskussion über den Bericht wurde die Handlungsweise des Bundesgeleitens Juckerroll von Weinen in das rechte Licht gestellt, während Schritt die Anwesenden ersuchte, auf diesen Herrn ein wachsames Auge zu haben, denn überall, wo er bis jetzt gearbeitet, hat er verfaßt, die organisierten Kollegen schlecht zu machen. Die Gunst der Arbeitgeber besitzt er noch, denn schon hat Herr Direktor Strauß seine Zülfische über ihn ausgebreitet, indem er auf Prozentsatz von der Tivoli-Brauerei eingestellt worden ist. — Zum Kampf in Augsburg wurde beschlossen, für die Monate November und Dezember je eine Extramarke von 50 Pf. zu nehmen. — Von der Stalkende der Aktienbrauerei St. Pauli wurde der Antrag gestellt, den Anschluß des Stammes Gießens beim Hauptverband zu verweigern, desgleichen von den Kollegen der Brauerei Hansen Sw. gegen den Hilfsarbeiter Paulsen, was angenommen wurde.

**Heidenheim.** Am 26. November sprach in gutbesuchter Versammlung Gauleiter Thierer über Lohnbewegungen und deren zukünftigen Wert. Er führte u. a. aus, daß nur durch eine einheitliche Organisation es möglich sei, die überlange Arbeitszeit in eine geregelte umzuwandeln, und daß auch nur die bestmögliche Verbesserung in untrer Tarifabschlüssen als ein zukünftiger Fortschritt zu bezeichnen ist. Auch forderte er die Anwesenden auf, sich mehr um politische Verhältnisse zu bekümmern. Klage geführt wurde über die P. e. c. h. t. - S. a. l. d. h. o. r. n. - Brauerei. Obwohl wir der besten Ueberzeugung sind, daß uns von Seiten der Direktion betreffs Organisation kein Hindernis in den Weg gelegt wird, so ist in der Behandlung seitens des Brauermeisters bzw. Oberbierführers das Gegenteil zu erblicken. Obwohl schon manches Unglück passiert ist, ist gleich kein nützliches Wort: „Wenn nur mal eine Inventur ginge!“ oder: „Die Cambrade“. Die Direktion wird hoffentlich Milderung schaffen. Der erste Konflikt kümmert sich auch darum, ob jemand in der Brauerei, was ihn nichts angeht, Klage geführt wurde, daß es schon das dritte Mal ist, daß kein Referent zur Versammlung erschien. In einer Resolution wird der Bezirksleiter ermahnt, mit Mühe auf die unwürdigen Kollegen seine Versammlungen regelmäßig an jedem ersten Sonntag im Monat abzuhalten oder einen andern Referenten zur Verfügung zu stellen, solange die Kollegen zu Stuttgart gehören.

**Köln.** Eines sehr guten Freundes erwiderte sich eine allgemeine Versammlung am 26. November, in welcher Gauleiter Ludwig Hamburg über „Krisis und Arbeiterbewegung“ referierte. Eine Ueberzeugung sei die vor der Tür stehende Krisis für die Arbeiterklasse keineswegs, sondern eine bestimmte Erscheinung der heutigen kapitalistischen Produktionsform. Durch den festeren Ordnung und die Verknüpfung des Absatzes nach dem Ausland sei es nur bequämlich worden. Die Arbeiterklasse werde aber durch ihre mächtig entwickelten Verbände auch diesen Berg des Hindernisses zu überwinden wissen. Immer schärfer trete der Kampf des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse hervor, den Beweis lieferten die Augsburger Brauerarbeiter. Noch sei der Ausgang der Sache nicht entschieden, die Solidarität der Arbeiterklasse werde für sie eine große Waffe zu werden sein. Auch Köln gehört zu jenen Orten, wo im nächsten Jahre der Tarif zu erneuern und vieles zu verbessern sei. Mit dem Appell, kräftig für die Organisation und Arbeiterpresse zu wirken, schloß er seinen Vortrag. Mehrere Maßnahmen behandelte, daß es trotz Schikanen und Antreiberien im Betriebe vorwärts geht.

**Schwanningen.** Ueber Lohnbewegung und Arbeitszeitverkürzung sprach Thierer in unserer Versammlung am 17. November. Bei Verkürzung der Arbeitszeit erhält der Arbeiter Zeit, sich geistig mehr zu bilden. Falls die Behauptung des Unternehmertums, daß dann die freie Zeit in der Wirtschaft verbracht werde, bei einem vernünftigen Arbeiter ist das nicht der Fall, gewöhnlich wird es folgende, die keiner Organisation angehören und keinen Lebens- und kein Ende in ihrer Arbeitszeit haben. Um den heutigen Lebensunterhalt bestreiten zu können, ist es notwendig, höhere Löhne zu erkämpfen, dies können wir nur bei festem Zusammenhalt in der Organisation. Auch um Politik müssen sich die Arbeiter mehr kümmern und die Arbeiterpresse lesen, um die Vorgänge im politischen und wirtschaftlichen Leben beurteilen und danach handeln zu können. Auch das Bestreben vieler Unternehmers streifte er, lange Arbeitszeit und Ueberstunden durch Bier zu vergüten. Bei den Unorganisierten hat man darauf Gelohe, wie ist in solchen Betrieben die Arbeitszeit noch überlang, w. l. 15 bis 17 Stunden. Traurig ist dies von Arbeitern, die damit einverstanden sind und nicht an ihre Familien denken, die Herkord hat leiden müssen. Abhilfe kann nur durch die Organisation geschaffen werden, deshalb sollten sich die Brauerarbeiter Mann für Mann dem Verband anschließen.

**Rundschau.**

**Die „Gelben“.** In einer Versammlung der „Gelben“ in Augsburg am 24. November d. J. antwortete der jetzt neu gewählte Gewerbegerichts Wahl erklärte einer derselben namens Käsberger:

„Diese Wahl ist der erste Kränlein. Unsern Arbeitgebern müssen wir zeigen, daß sie ihr Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen haben.“

So ist man wenigstens offen, daß man vom Unternehmertum ausgeschlossen wird. Auch auf Terrorismus müssen wir stehen, die Herren „Gelben“ ausgezehret, was ja nicht unbekannt war, aber sie doch den Terrorismus in Gemeinschaft mit den Unternehmern und werden sie doch dafür befohlen. So erklärte einer namens Schwingler:

„Wir können von allen Mitgliedern verlangen, daß sie gelb wählen und ihre Veranlassungen besser beenden. Wir müssen überhaupt einmal reinen Tisch machen. Wir haben sehr viel Mitglieder, die bloß des reinen Profits wegen bei uns sind. Wir haben nur den besten Teil genug gelassen, daß sie zur Versammlung kommen.“

Und ein „Gelber“ erklärte in der Versammlung:

„Sei uns wird genau gebucht, ob und wie einer wählt, und wehe dem, der anders als gelb wählt.“

Wie bei diesem Terrorismus mit dem Unternehmertum Hand in Hand gearbeitet wird, und wie die Gelben als Preis dafür die Interessen der Arbeiter vertreten, dafür liefert folgendes schamlos Schreiben der Gelben an die Maschinenfabrik Augsburg Beweis:

„Verehrlicher Herr! Diese bezaugt sein, daß meine Verein in erster Linie das Bestreben haben, mit dem Arbeitgeber in

ruhe und Frieden zu leben und unberechtigte Forderungen der Arbeiter hinauszuhalten. Wir erlauben uns daher, ...

So wurde auch in einer Fabrik eine Bekanntmachung angehängt, in der auf die Gewerbetätigkeit und auf die Beteiligung der Weihnachtsgeschenke aufmerksam gemacht war.

Der Machter dieser „gelben“ Vereine ist der Profurist Pfeiffer, unter dessen Aufsicht und in dessen Bureau alle schriftlichen Arbeiten der „Gelben“ gemacht werden.

Mitteilungen wollen wir noch, daß die „Gelben“ in Dresden, eine nach dem Streik bei der Firma Seidel u. Maunamann gegründete „gelbe“ Arbeitswilligenvereinigung, sich ihres Namens ...

Was sagt nun der 10000 Mark-Beamte des „Bundes“ zu dieser „gelben“ Bruderschaft? der Brauereiarbeiter in Vindobona, zu denen er eine - Reise machte und ihnen „Vortrag“ hielt?

Die gelben Gewerkschaften bekämpfen ist Wahrnehmung berechtigter Interessen entschiedene Landgericht Potsdam in einer Klage des Generalsekretärs des Industriellenverbandes, Bued, eines Protectors der „Gelben“, gegen ein Mitglied des Metallarbeiterverbandes, der Bued in einer Versammlung des Metallarbeiterverbandes, aber freigesprochen wurde, wobei das Gericht die Freisprechung mit obigen begründete.

Zu 100 Mk. Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten wurde der Vorsitzende des Kirch-Dauerischen Ortsvereins in Pforzheim, Maier, vom Schöffengericht Pforzheim verurteilt, welcher das Gericht verurteilt hatte, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes habe sich bei der Werftarbeiterbewegung in Hamburg vom Vorsitzenden der Arbeitgeber, H. Blohm, bündeln lassen.

Das Brot wird teurer. Wie die Vorkenberichte melden, sind die Weizenpreise ganz enorm gestiegen: die Berliner Börse zeigte bereits am 8. Oktober an, daß die Sonne Weizen 224,75 Mk. koste.

Die Vorkenberichte melden, sind die Weizenpreise ganz enorm gestiegen: die Berliner Börse zeigte bereits am 8. Oktober an, daß die Sonne Weizen 224,75 Mk. koste. Damit ist der Zeitungspreis von 1891, der Zeit der russischen Hungersnot, überschritten, der in Berlin damals 224,20 Mk. betrug; der höchste Durchschnittspreis, den man in Deutschland seit einem halben Jahrhundert kennt, ist überschritten worden.

Spekulanten machen sich die Not des Volkes zunutze und verdienen Millionen, während das Volk hungert und bei den hohen Kohlenpreisen auch noch frieren muß.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau Münstr. 5, III., Hannover. - Fernspr. Nr. 5830

Vom 2. bis zum 8. Dezember gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Hannover 4,95, Gotha 179,66, Chemnitz 800, ...

Für Infanterie ging ein: Nürnberg 3,60, Götting 1,80, Frankfurt a. M. 2,10, Stendal 2,10, Montfaucon 1,50, Hannover 54, ...

Für Abkommens ging ein: Sektion St. Gallen 61,60.

Für Protokolle ging ein: Wismar 1, ...

Für Extrabekträge ging ein: Birmaens 75, ...

Zur Unterstützung der Sächsischer Tabakarbeiter ging ein: Nadeberg 25,90.

Wichtigstellung. In letzter Nummer muß es unter den Beiträgen für Infanterie zu Schweinfurt statt 2,70 1,80 Mark heißen.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingekandt: Gotha, Eberode, Magdeburg, Verburg, Apolda, Wolfenbüttel, Wismar, Kienburg, Wreslau.

Material ist abgehandelt: Göttingen 200 Mark an 45 Pf., Braunschweig 2000 Mark an 45 Pf. und 400 Mark an 25 Pf., Wreslau 5000 Mark an 45 Pf., Weissen 1200 Mark an 45 Pf. und 200 Mark an 25 Pf., Schweiningen 1000 Mark an 45 Pf., Götting 1000 Mark an 45 Pf. und 200 Mark an 25 Pf., Kiel 1000 Mark an 25 Pf., Koburg 20 Mitgliedsbücher und 1200 Mark an 45 Pf., Birmaens 50 Mitgliedsbücher und 1000 Mark an 45 Pf., Wülshausen 1. Ehrl. 30 Mitgliedsbücher, Bremen 100 Mitgliedsbücher, Ravensburg 25 Mitgliedsbücher und 400 Mark an 45 Pf., Mannheim 6000 Mark an 45 Pf., Straubing 20 Mitgliedsbücher.

Fragebogen zur Lohnbewegung. Allen denjenigen Orten und Zahlstellen, von welchen beim Hauptvorstand im Jahre 1907 um Genehmigung einer Lohnbewegung nachgesucht und diese auch erteilt wurde, sind je 3 Fragebogen zugegangen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß diese Fragebogen auf jeden Fall ausgefüllt und eingekandt werden müssen. Trotz wiederholter Mahnung stehen aus einer Anzahl Orte, wo die Lohnbewegungen beendet sind, diese Fragebogen zurzeit noch aus und zwar von: Hofgegnung, Udenach, Dieblich, Götting, Eberfeld (zweimal), Gagerding, Darmstadt, Gröndel, Halle, Itzfeld, Moos, Marlen, Mübba, Spangingen, Saarbrücken, Schönwald bei Hof, Ullm, Viechen, Weichen, Verden a. d. Ruhr, Wasserburg, Schmiedgen, Wendelstein, Lössenfurt, Varmen, Gr. Zimmern, Schaala, Baging.

Die Vorstehenden der Zahlstellen obiger Orte sowohl, als auch die Gauleiter werden hierdurch ersucht, das aus diesen Orten noch ausstehende Material noch in diesem Jahre einleiten zu wollen. Dasselbe gilt auch für diejenigen Orte, wo Lohnbewegungen zurzeit noch in Arbeit sind und 1907 noch erledigt werden. Sollten die Fragebogen verloren gegangen oder unbrauchbar geworden sein, dann sind umgehend andre vom Hauptvorstand zu fordern.

Fragebogen zur Erforschung der Verhältnisse sandten vom 2. bis 9. Dezember folgende Zahlstellen ein: Thorn, Gumbinnen, Elbing, Kalen, Mülheim a. Rh., Worms, Wiesbaden, Straßburg.

Bis jetzt haben noch keine Fragebogen eingekandt: vom Bezirk Breslau: Gaynau, Trebnitz; vom Bezirk Leipzig: Gittau, Klauen, Lauscha, Jena; vom Bezirk Hamburg: Elmshorn, Müllm, Neumünster, Oldenburg, Köbel, Hensburg, Stralund, Tondern; vom Bezirk Magdeburg: Schönebeck, Neuhaldensleben, Blankenburg; vom Bezirk Regensburg: Augsburg, Lindau, Ullm, Nördlingen; vom Bezirk Karlsruhe: Vörsch; vom Bezirk Straßburg: Erier, Kaiserlautern; vom Bezirk Dortmund: Wanne, Mülheim (Ruhr), Essen, Dortmund, Bochum; vom Bezirk Düsseldorf: Kemscheid, Dorntstadt, Köln.

Das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jahrgänge 1891-1899, wird neu gedruckt. Der Preis sämtlicher Jahrgänge wird sich nach den bisher bei der Generalkommission eingelaufenen Bestellungen auf ca. 21 Mark belaufen, wobei bemerkt wird, daß einzelne Jahrgänge nicht abgegeben werden. Sofern die Auflage mehr als 1000 Exemplare beträgt, ermäßigt sich der Preis dementsprechend. Wir ersuchen die Zahlstellen, die aus lokalen Mitteln ein Exemplar dieser alten Jahrgänge des „Correspondenzblatts“ sich zulegen wollen, dies baldmöglichst dem Hauptvorstand mitzutheilen.

Zweites Beantragung von Rechtschutz beim Hauptvorstand hat letzterer Formulare herstellen lassen; dieselben sind bereits versandt. Es wird zukünftig nur dann Rechtschutz gewährt, wenn der-

selbe vermittelst solcher Formulare nachgesucht wird; sofern eine Zahlstelle beim Verband übersehen sein sollte, sind vorzukommendenfalls erst Formulare einzufordern.

Mit dieser Zeitungsfindung sind für alle Zahlstellenvorstände und Gauleiter die Tarifblätter zum Verband gekommen. Wir machen darauf aufmerksam, daß diese, sowie früher gesandte Broschüren Eigentum des Verbandes bleiben, daß bei Wechsel des Vorstandes diese dem neuen Vorstandsmitgliedern ausgehändigt werden müssen.

Die Kassenrevisionen haben darauf zu achten, daß alle dem Verband gehörige Mittel in das Inventarverzeichnis eingetragen werden; sie haben bei den Massenrevisionen sich zu überzeugen, daß alle Verbandsmitteilungen vorhanden sind.

Der Hauptvorstand hat eine allgemein gehaltene Agitationsschüre herausgegeben. Die Zahlstellen wollen die selbe bei Bedarf, unter Angabe der benötigten Zahl der Exemplare vom Hauptvorstand einfordern.

Achtung, Unterstützungszähler! Im den Brauerzeitung aus Dresden, 1. Jahrgang, Verbandsbuch 1709, ist keine Unterstützung anzuzahlen.

Um den derzeitigen Mangel des Brauers Schächner, Ende August 1907 in Oberhaging bei Müschen erlucht. Der Hauptvorstand.

Den Brauer Anton Meier, Buch-Nr. 35 554, früher in Starnberg bei München, sucht die Zahlstelle München.

Fürkenwalde. Den Kollegen zur Nachricht, daß sämtliche Beisitzer, welche durch den Arbeiterausschuß nicht geregelt werden, dem Vorsitzenden zu melden sind.

Briefkasten.

In der Weihnachtswoch wird die Zeitung am Dienstag, dem 24. Dezember, und in der Neujahrswoch am Dienstag, dem 31. Dezember, also einen Tag früher, wie sonst, expediert. Reaktionschluß am Montag vorher, 8 Uhr früh, bis zu welcher Zeit auch Zeitungsbestellungen einzufenden sind.

Veranstaltungsanzeigen.

Altenburg. Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im „Engel“. Referent: Stöcklein.

Bamberg. Sonnabend, 21. Dezember, 8 Uhr, im Café „Wittelsbach“. Referent: Kollege G. G.

Berlin I und II. Sonntag, 15. Dezember, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Freyer, Köpenickerstraße 29 (Großer Saal). Alles nähere Plakate.

Blaubeuren, Gerhausen, Wunderlingen, Ehingen. Sonntag, 15. Dezember, 2 Uhr, im Lokale „zur Traube“, Blaubeuren: Öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung. Referent: Holzfurtner.

Dortmund. Sonntag, 15. Dezember, 3 Uhr, bei Steinmann, I. Hauptstraße.

Erfurt. Sonnabend, 14. Dezember.

Hensburg. Sonntag, 15. Dezember, 3 Uhr: Generalversammlung in „Hohelust“.

Krauschen. Jeden dritten Sonntag im Monat, 2 Uhr, bei Klein, Wormsstraße.

Fürkenwalde. Sonntag, 15. Dezember, 6 1/2 Uhr, bei L. Müppler, Spreeworstadt: Generalversammlung.

Götha. Sonntag, 15. Dezember, im Gewerkschaftshaus „Zum Mohren“.

Güterlosh. Sonntag, 15. Dezember, abends 6 1/2 Uhr, bei Klau. Unorganisierte mitbringen! Supper anwesend.

Heilbronn. Am Erscheinungsttag, 6. Januar, 1 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Generalversammlung.

Jugoski. Sonntag, 14. Dezember, 8 Uhr, im Gasthaus „zur Farbe“: Generalversammlung. Referent: Gewerkschaftsvorsitzender Schmidt.

Kassel. Sonntag, 15. Dezember, vorm. 1/11 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Köln-Mülheim. Sonnabend, 14. Dezember, im „Kreuzbräu“, Mülheim. Referent: Fülle.

Luzenburger. Sonntag, 15. Dezember, halb 3 Uhr, im „Café Sen“, Fischmarkt.

Neuf. Sonntag, 15. Dezember, 4 Uhr, bei Rademacher.

Neubrandenleben. Sonntag, 15. Dezember, 3 Uhr, in Herzogs-Festhale. Referent: Kartellvorsitzender Blume. Nichtorganisierte mitbringen!

Odenburg. Sonnabend, 14. Dezember, 8 Uhr, im Vereinshaus, Kellenstraße: Generalversammlung. Organisierte mitbringen!

Saizwedel. Sonntag, 15. Dezember, 4 Uhr, bei Köller.

Schwerin. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, im „Deutschen Kaiser“, Schloßstraße. Referent: Zuk.

Solingen. Sonntag, 15. Dezember, 5 Uhr, im Lokale Ern Weidshnt. Sonntag, 15. Dezember, 1 Uhr, im „Rheinischen Hof“.

Weimar. Sonnabend, 14. Dezember, 8 1/2 Uhr, im „Deutscher Haus“. Wichtige Tagesordnung und Vortrag. Alles zur Stelle!

Bergnügungsanzeigen.

Deimold. Sonnabend, 15. Dezember: Zweites Sittingstungsfest, unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins. Beginn 8 1/2 Uhr. Die Kollegen der Umgebung sind freundlich eingeladen.

Insertate werden, um zeitlich raschende Schreibezeit zu vermeiden, in Zukunft nur nach vorheriger Bezahlung angeschlossen, und zwar kostet ein einzelner Blaudruck 2,10 Mk., größere Inserate entsprechend mehr.

Puppenwagen, deren Verdecke sich selbstständig auf- und niederbewegen, erhält man elegant zum Fabrikpreise, nachdem man Puppenwagenbilder verlangte, direkt von der Puppenwagenfabrik Julius Trebbler in Grimma 628.

Neu! Wasserdichte Holzschuhe! Neu! Das Beste ist das Billigste. Hoch. Schäfer, Hann. Schirstr. 5. Alle und neue Modelle, 3,50 bis 4,75 Mk. mit Leder besetzt 1 Mk. mehr, sowie andere Modelle. Katalog gratis.

Hannover. Zentral-Bericht der Brauereiarbeiter und Arbeitsnachweis Hugo Klaus, Knochenhauerstraße No. 24, hält sich den durchreisenden Kollegen bestens empfohlen. Sauberes Logis. Gutes Essen. Billige Preise.

Unsern Verbandskollegen Ludwig Meiser, Bernhard Seibert, Joseph Großkopf, Karl Dorn, Joseph Braun, Hans Fuhsbauer, nebst ihren lieben Frauen nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

David Krizon, im 2. Lebensjahre. Wir werden dem viel zu früh Dahingeschiedenen ein feines Andenken bewahren. Die organisierten Kollegen der 1. und 2. St. Brauerei, Lüft.

Brauer-Holzschuhe. Nur allerbeste, seit Jahren bewährte Qualitäten. Verlangen Sie meine neuere Preisliste. Joh. Harders, Altona, Adolphstr. 28, Holzschuhlager und Pantoffelfabrik.

Nervenschwäche, deren Ursachen, Wesen und Heilung. Preisgekröntes, nach den neuesten Erfahrungen bearbeitetes Werk (siehe Abbild.). Wirklich brauchbarer Ratgeber u. sicherer Wegweiser zur Heilung. Für 1,60 in Briefen, zu bez. von Dr. med. Kramler, Genf 878 (Schweiz).

Unsern Kollegen Karl Betke und seiner lieben Frau Bertha, geb. Zöf, zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen der 1. und 2. St. Brauerei, Lüft.

Unsern Verbandskollegen Philipp Döllinger und seiner lieben Frau Antje zur Hochzeitsfeier am 18. Dezember nachträglich die herzlichsten Glückwünsche. Die organisierten Kollegen im Raschenschuhhaus v. Haderbräu, München.